

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

185 (11.8.1913)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Krieg oder Frieden?

Fast zur selben Stunde, zu der in Bukarest der Friede zwischen den Balkanstaaten geschlossen wurde, ist eine neue Etappe eines jahrzehntelangen unblutigen, darum nicht minder verhängnisvollen Krieges zwischen zwei großen Völkern Europas zum Abschluß gekommen. Das französische Amtsblatt veröffentlichte den Text des neuen Militärgesetzes, das die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit vorschreibt. Deutschland und Frankreich stehen am Ende neuer ungeheurer Anstrengungen zur Vermehrung ihres Schutzes gegen drohende auswärtige Gefahren.

Die Sozialdemokratie hat hüben wie drüben die neuen Heeresverfaltungen abgelehnt und bekämpft, nicht weil sie, wie ihre Gegner verleumderisch behaupten, dem Vaterlande den nötigen Schutz verlagern will, sondern weil sie in einer Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen und in der Schaffung wirklicher nur zur eigentlichen Landesverteidigung bestimmter Volkshere die beste Sicherung beider Völker gegen die Gefahren des Krieges erkennt. Sie hat, eine Minderheit in beiden Ländern, aber schließlich ihren Willen nicht durchsetzen können und muß jetzt die Vermehrung der Rüstungskraften hier wie dort als eine vollendete Tatsache hinnehmen und anerkennen.

Die Regierungen beider Länder haben im Kampfe um die neuen Rüstungen verlickert, daß sie kein anderes Ziel verfolgten als die Erhaltung des Friedens. Wie weit die Versicherungen ehrlich gemeint waren, wird sich jetzt zeigen müssen. Solange es ihnen darauf ankam, in der Bevölkerung eine ihren Plänen günstige Stimmung hervorzurufen, war es verständlich, wenn auch nicht entschuldbar, daß sie gewisse chauvinistische Strömungen gewähren ließen, die die Gefahr eines neuen deutsch-französischen Krieges an die Wand malten. Jetzt, wo Herr v. Bethmann hier, Herr Barthou dort erhalten haben, was sie wollten, würde ein weiteres Bewährenlassen solcher Strömungen nichts anderes als verbrecherische Freivolität sein.

Tausendmal ist aus der Mitte der Parlamentsmehrheiten in Berlin und in Paris beteuert worden: Das deutsche Volk will keinen Krieg gegen Frankreich! Das französische Volk will keinen Krieg gegen Deutschland. Nun, wenn die Völker keinen Krieg haben, sondern in Frieden miteinander leben wollen, dann mögen auch die bürgerlichen Parteien und die Regierungen nach dem Willen der Völker handeln und mit ehrlichem Eifer einen Weg suchen, der zur dauernden und sicheren Verständigung führt.

Für die Bestrebungen, die auf der Berner Konferenz in vorbezüglicher Erscheinung traten, ist jetzt, nach der Annahme beider Militärvorlagen und mit der Beseitigung jedes Anlasses zu neuen nationalistischen Hagen, die Bahn wieder frei gemorden. Ein ständiger interparlamentarischer Ausschuß ist eingesetzt, der diese Bestrebungen zur rechten Zeit wieder aufnehmen soll; wie hoffen, daß er auf seine Taten nicht lange warten lassen wird.

Der nationalistische Kampf ist nach den wilden Anspannungen der letzten Monate in das Stadium der Erschöpfung getreten, und die Stimme der Vernunft wird empfangliche Gemüter finden. Mag sie sich in beiden Ländern lauter denn je vernehmlich machen und den glücklichen Tag vorbereiten, an dem der unerträglichen Zustand der Kriegsfurcht und der Kriegsbereitschaft zwischen den beiden größten Kulturenationen des europäischen Festlandes in einem dauernden und vertrauensvollen Frieden seinen Abschluß findet!

Der Mut zum Liberalismus.

Das führende Blatt der nationalliberalen Partei, die „Kölnische Zeitung“, veröffentlicht unter der Ueberschrift „Der Mut des eigenen Willens“ einen Artikel, der inhaltlich zwar nichts neues bringt, aber doch als Symptom der gegenwärtig in der nationalliberalen Partei herrschenden Strömungen und Stimmungen die allgemeine Beachtung verdient, die er in der Öffentlichkeit gefunden hat. Der Artikel ist in der Hauptsache eine ziemlich deutliche Abfrage an jene Kreise der eigenen Partei, die zugunsten der gottgewollten konservativen Führung auf jedes kräftige Eigenleben des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland verzichten, er fällt aber nach einigen hoffnungsvollen Anläufen doch wieder in jenen Zustand der Halbheit, Verschamtheit und Unbestimmtheit zurück, der seit je das hervorragende Kennzeichen der nationalliberalen Politik bildet.

Die „Köln. Ztg.“ stellt zunächst fest, daß „die Konjunktur des Augenblicks“ dem Liberalismus günstig ist. Auf der einen Seite bewegt sich die Macht der Konservativen bereits in stark absteigender Linie, auf der anderen Seite glaubt man behaupten zu können, daß „auch die Sozialdemokratie den Höhepunkt des Einflusses auf die öffentliche Meinung bereits überschritten“ habe.

Ueber diese zweite Behauptung uns mit der „Köln. Zeitung“ näher auseinanderzusetzen, liegt uns so weniger Anlaß vor, als sie zu den ältesten Bekannten der parteipolitischen Diskussion gehört. Nach jedem sozialdemokratischen Wohlgefallen haben wir in der liberalen Presse die stehende Phrase gefunden, daß die Sozialdemokratie ihrer

Höhepunkt überschritten habe und daß es nun unweigerlich mit ihr bergab gehe. Solche Prophezeiungen darf man den Liberalen nicht einmal übel nehmen, denn den Sieg einer anderen Partei zu prophezeien, dazu ist eine politische Partei nun einmal nicht da; sie müßte sich selber aufgeben, wenn sie die Hoffnung auf die Niederlage der Gegner und auf den eigenen Sieg verlieren wollte.

Worauf gründet sich nun aber die Zuerst des rheinischen Plattes in die große Zukunft der liberalen Sache? Ganz zutreffend hebt es zunächst hervor, daß die faktische Konstellation im Reichstag den Nationalliberalen außerordentlich günstig ist. Die Nationalliberalen können nach Belieben eine Mehrheit nach rechts oder nach links bilden helfen, und damit ist, wie die „Köln. Ztg.“ jagt, den Nationalliberalen „eine Macht in die Hände gelegt, wie sie sie bisher kaum besessen haben und die, richtig genutzt, dem wohlverstandenen Liberalismus in Deutschland die Herrschaft erobern könnte.“

Was ist aber „wohlverstandener Liberalismus“? Auf diese Frage bleibt uns die „Köln. Zeitung“ die Antwort vollständig schuldig. Wo ist die „Zugkraft einer erhebenden gemeinverständigen Idee“, deren Fehlen nach der richtigen Erkenntnis der Kölnern, an der fröhlichen Ohnmacht und Erfolglosigkeit des Liberalismus schuld gewesen sein soll?

Der „wohlverstandene Liberalismus“ ist imperialistisch, militaristisch, schutzjüngerisch, die „Köln. Ztg.“ stellt das mit großem Nachdruck fest. Aber Soldaten zu bewilligen und Protzölle zu beschließen, ist doch, wenn schon liberal, doch nichts, was den Liberalismus von den anderen bürgerlichen Parteien unterscheidet. Schwarze und Blaue können das alles genau so gut, wenn nicht sogar noch besser. Vielleicht zeichnet sich aber der „wohlverstandene Liberalismus“ vor den anderen Parteien durch eine gewisse liberale Vorurteilslosigkeit gegenüber der Sozialdemokratie aus? Freilich wäre auch das nichts besonders Liberales, wie allgemein bekannt ist. Aber die „Köln. Ztg.“ verwirft jedes Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie und sie bezeichnet das sozialdemokratische Stichwahlbündnis, dem doch allein die nationalliberale Partei die Gunst der gegenwärtigen Situation verdankt, als einen „außerordentlich schweren und bedauerlichen Mißgriff“. Sie bekennt sich damit unentwegt zum Dogma der antisozialdemokratischen Sammelpolitik, das mit nicht geringerer Eifer aber aus viel besseren Gründen von der konservativen Presse tatsächlich gepredigt wird: denn nur durch antisozialdemokratische Sammelpolitik kann die konservative Partei ihre herrschende Stellung in Staat und Reich erhalten und auf neue befestigen.

Wie ist es aber in Preußen? Um dem Liberalismus in Preußen eine ähnliche günstige Position zu erringen, wie er sie zurzeit — nicht durch Verdienst der Nationalliberalen — im Reich besitzt, wäre das Reichstagswahlrecht zur Not noch radikal genug. Wie ist es aber mit dem Preußenwahlrecht? Wo bleibt da der liberale Mut des eigenen Willens. Wir hören und lesen darüber kein Wort.

Unter dröhnend lauter Tischmusik fragt die „Kölnische Zeitung“ lauter leere Schüsseln auf, und so bleibt von allem Gerede als positiver Kern nur ein Stück liberaler Selbstkritik übrig, das niedlich genug ist, um wörtliche Wiedergabe zu verdienen. Da heißt es nämlich:

„In weiten Kreisen des Liberalismus und gerade in denjenigen, auf die es am allermeisten ankommt, herrscht immer noch eine gewisse Selbstbescheidung gegenüber der konservativen Verwaltung, dem konservativen Behördenapparat und dem konservativen Adel. Damit ist ein gewisses Streben verbunden, eine möglichst innige gesellschaftliche Fühlung mit diesen Kreisen, selbst um den Preis eines politischen Opfers, aufrechtzuerhalten. Dieser Vorgang läßt sich doch ganz natürlich erklären, in ihm spiegelt sich der schon rein ästhetisch verständliche Respekt einer neuen Kultur vor der älteren wider. Dagegen könnte man auch nichts sagen, wenn nicht immer die Gefahr bestünde, und jeder Tag beweist, daß sie besteht, daß der Reuling gar zu leicht und gar zu gern den gefestigten und selbstsicheren Reigen der älteren Kultur unterliegt. Wir wollen uns in diesem Zusammenhang auf Andeutungen beschränken und das Thema im einzelnen einer künftigen Diskussion vorbehalten, die zweifellos aufklärend und behernd wirken kann. Aber die Tatsache muß doch festgestellt werden, daß manche liberale Familien sich ins konservative Lager hinüber entwickeln, wenn sie ihre Söhne Offiziere oder Reserveoffiziere werden lassen oder in die höhere Verwaltungslaufbahn hineinbringen wollen, oder aber wenn sie durch Titel und Orden einer mit staatlichen Hilfsmitteln gehobenen Kaste gleichgestellt werden, die heute in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Konservativen besteht.“

Die liberale Ehrfurcht vor der „älteren Kultur“ Osteliens verbindet sich mit einem ungeheuren Respekt vor dem geistigen Niveau der konservativen Presse. Darüber schreibt die „Köln. Ztg.“:

„Zu den Einflüssen, die der Konservatismus auf den Liberalismus ausübt, gehört nicht zuletzt eine allzu harte Rücksichtnahme liberaler Kreise auf die konservative Presse.“

Man scheut es, von der konservativen Presse an bestimmten Stellen verdächtigt zu werden, als gehe man mit staatsfeindlichen Elementen zusammen, und nur die Behauptung eines solchen Zusammengehens in der konservativen Presse genügt häufig schon, um sonst wirklich liberalen Leuten eine Mahnahme als unangebracht erscheinen zu lassen, der sie vorher noch überzeugt zugestimmt hätten.“

Das nationalliberale Blatt spricht solchen Erscheinungen gegenüber den bescheidenen Wunsch aus, daß sich das „Industriebürgertum“ in Zukunft nicht mehr „einer aus alter Zeit übriggebliebenen, wenn auch verdienstvollen, so doch rückständigen Beamten- und Verwaltungshierarchie fast bedingungslos unterordnen“ und daß es durch die Drohungen der konservativen Presse seine Nerven nicht erschüttern lassen möge:

„... Es kommt vor allen Dingen darauf an, daß der Liberalismus alle Rücksichten auf das, was andere, und namentlich was die Konservativen sagen, zu Hause läßt, selbstbewußt seinen eigenen Weg geht und auch den Mut hat, gegenüber hinterhältigen Ausstreunungen und Verdächtigungen bei seinem festen Willen, liberal zu sein, zu bleiben.“

Also, es lebe der „wohlverstandene Liberalismus“! Er hat den Mut des eigenen Willens. Er will entscheiden — leider weiß er nur nicht, was!

Noch ein Wort zu den „stinkenden Praktiken“ bei der Firma Krupp.

Gegenüber den widerlichen Verjahren der sogenannten patriotischen Presse, die Firma Krupp nach dem Prozeß reinzuwaschen und dafür die Sozialdemokratie um so mehr zu verdächtigen, wollen wir noch die Auslassungen der „Frankfurter Zeitung“, also eines bürgerlichen Blattes, dem die kapitalistische Firma Krupp sicher näher steht, als die Sozialdemokratie, zitieren. Das Blatt schreibt:

„Wenn man die Erörterungen der reaktionären Presse zum Krupp-Prozeß liest, aus denen wir eine kleine Blütenlese in den letzten Nummern mitgeteilt haben, wenn man hört, wie sie Siegeshymnen anstimmt, weil der Prozeß „kein Panama“ ergeben habe, dann greift man sich doch an den Kopf und fragt sich erschüttert: was müssen diese Blätter wohl alles erwarten, was müssen sie im deutschen Heere und in der deutschen Beamtenenschaft für möglich gehalten haben, wenn sie sich jetzt so geben! Der Prozeß hat Praktiken aufgedeckt, die nach den Worten des Anklagevertreters auf zehn Meter gegen den Wind nach Westschung stanken. Zeugleutnants und Beamte des Kriegsministeriums, lauter Leute in verantwortungsvollen Stellungen, denen wichtige Geheimnisse anvertraut waren, haben sich zum Verrat kaufen lassen. Ist es für sie eine Entlastung, daß sie für lächerlich geringen Lohn käuflich waren? Das einzige, was sie etwa zu ihrer Entschuldigung anführen können, ist, daß der Vertreter der Firma Krupp ihr Käufer war, daß in ihrem Sinn diese Firma mit ihrem Nimbus von Gold und Macht und Patriotismus (trotz des berühmten Offertbriefes an Napoleon!) identisch war mit dem Staate. Aber gerade dieses einzige, was die Schuld dieser Fünfe mindert, zeigt erit recht das Skandalöse des ganzen Falles. Denn es bedeutet die schwerste Anklage gegen die Firma Krupp. Diese Firma ist durch die mehr oder minder vollständige Monopolstellung, die ihr der allzu bequeme und allzu gläubige Staat bei diesen Geschäften eingeräumt hat, zu einem für deutsche Verhältnisse märchenhaften Reichtum gelangt — das hindert sie nicht, gegen die selben Staat durch ihren Berliner Bureauchef in der schmachlichsten Weise, mit Vesteckung von Offizieren und Beamten, spionieren zu lassen. Genügt das wirklich noch nicht? Uns genügt! Und dabei ist es noch nicht einmal alles. Denn auch das muß gegenüber den Vertuschungsmandaten der reaktionären Presse immer wieder klar und deutlich festgestellt werden: es ist nicht wahr, daß nun wirklich alle Schäden aufgedeckt wären. Der tüchtige Herr Brandt hat noch mehr Informationsquellen gehabt, als die sieben Angeklagten des ersten Prozesses, Quellen vielleicht in noch höheren Posten von Heer und Verwaltung; Briefe, die das beweisen, liegen vor, wie ja auch der Verbleib seiner Repräsentationsgelder nur zu einem Teile geklärt ist; nur die Namen zu nennen, hat Brandt sich geweigert, und das Gericht hat sie nicht ermittelt. Es bleibt also für die kommenden Prozesse und vor allem für die parlamentarische Untersuchungskommission noch sehr viel zu klären. Aber schon dieser erste Prozeß hat die Firma Krupp aufs schwerste kompromittiert, er hat zugleich den durch die alte Tradition gestützten Glauben an die Unantastbarkeit des preußischen Beamtenentums in Heer und Verwaltung über erschüttert. Statt dessen hat die „Post“ die Stirn, zu schreiben: „Die Panamisten sind nicht im deutschen Heer, nicht bei der Firma Krupp, sondern bei denen um Viebknecht zu suchen, denen sich mit vielem Eifer die ganze sozialdemokratische und freisinnig-demokratische Presse zugeeilt hat.“ Und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ entblödet sich nicht, „das gelamte deutsche Volk“ zu einem „von Empörung flammenden Protest“ gegen den Abgeordneten Viebknecht aufzurufen! Nun, Herr Viebknecht ist wirklich nicht unser Mann. Aber wir stehen nicht an, zu er-

klären, daß er sich in diesem Falle das größte Verdienst erworben hat, nicht nur dadurch, daß er dem Kriegsminister sein Material zuerst vertraulich übergeben und so die Feststellung der Schuldigen ermöglicht hat, sondern auch durch das weitere, daß er, nach dem Abschluß der Untersuchung, durch seine Reichstagsrede die große Öffentlichkeit mit diesen Dingen bekannt gemacht und dadurch einer Vertuschung vorgebeugt hat. Wer jetzt noch die Aufdeckungen des Krupp-Prozesses als Lappalien hinzustellen wagt, der macht sich selbst zum Verteidiger der Korruption, die nur dadurch beseitigt werden kann, daß man all ihren Erscheinungen schonungslos nachsichtigt und durch öffentliche Bloßstellung aller Beteiligten ein abschreckendes Exempel statuiert."

In der „Kölnischen Zeitung“ wendet sich ein Leser dieses Blattes gegen die Neuherung des Vertreters der Anklage im Krupp-Prozess über das „Schmierens“ im Handel. Er schreibt: „Die Ansicht des Anklagevertreters, daß ein „Brauch“ des Schmierens im Handel besteht, ist ein bedauerlicher Irrtum; diese Ansicht öffentlich auszusprechen, ist eine Entgleisung; im Gegenteil hierzu das Beamtentum zu feiern, ist für den Kaufmannstand eine Beleidigung.“

Die Opfer des Krupp-Prozesses.

Die Verurteilten im Krupp-Prozess werden fortgesetzt von der „gutgesinnten“ Presse mit einer Flut von Beschimpfungen überschüttet. Das Reichsgericht, der von Schreiberseele sprach, die das Maul nicht halten können, wenn sie hinter dem Bierkopf sitzen. Ganz geflüstertlich spricht man immer nur von Unteroffizieren und untergeordneten Beamten. Demgegenüber muß doch einmal nachdrücklich festgestellt werden, daß vier der Angeklagten aktive Offiziere gewesen sind; allerdings nicht „Erschlagene“, die zu beschimpfen der Anklagevertreter sich gebietet hätte, sondern Zeugoffiziere, die von der Wite auf gedient haben. Wie schon aus der Vertrauensstellung, die diese Offiziere einnehmen, hervorgeht, müssen sie ein hohes Maß von Kenntnissen haben, weit mehr als der Frontoffizier, der vielleicht eben erst auf einer „Pfeife“ mühevoll zurechtgefunden wurde. Trotzdem werden sie von diesen Offizieren nicht für voll angesehen, so muß der im Dienst ergrazte Zeughauptmann den jüngsten Frontoffizier zuerst grüßen, sie haben zu keinem Offiziersfaszino Zutritt und um die Grenze noch scharfer zu ziehen, hat man für sie auch die Burden beiseite und ihnen dafür eine Geldentschädigung gegeben. Ueber ihre wirtschaftliche Lage sagt der militärische Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“, Major Morath:

„Von Vordem für das Verständnis der Affäre ist weiter, daß man den „Arbeitsoffizieren“ nicht das gleiche Maß wirtschaftlicher Unabhängigkeit zubilligt, wie den Armeemoffizieren. Die Zeugleitnants Lillian und Schleuder bezogen zur Zeit ihres Kornwaldererzesses, 32 Jahre alt, ein jährliches Gehalt von 2000 Mk. Sinst war 30 Jahre alt, als er so dotiert war. Hierzu kamen noch 800—330 Mark Wohnungsgeldzuschuß, je nach Höhe der Serviceklasse. Im Durchschnitt gelangen diese Offiziere zwischen dem 30. und 32. Lebensjahre, bereits verheiratet und mit Kindern gesegnet, in den Genuß des unzulänglichen Gehalts, das sich erst nach je drei Jahren um je 300 Mk. erhöht. Die wirtschaftliche Notlage ist um so größer, als der Dienst diese Männer meist in große Städte führt. Der jüngere Armeemoffizier war bisher mit 32 Jahren noch Oberleutnant und bezog 2400 Mk. Gehalt. Künftig hat er dann den Dienstgrad des Hauptmanns erreicht und bezieht sich (bis zum 36. Lebensjahre, später mehr) im Genuß von 3400 Mk. Gehalt und 1300 bis 630 Mk. Wohnungsgeldzuschuß. Wenn die Heeresverwaltung die Lehre aus dem Prozesse zieht, daß Vertrauensposten auch auskömmlich honoriert werden müssen, so wäre das ein Gewinn.“

Es kennzeichnet das ganze System, daß man Leute, die Vertrauensstellungen einnehmen, in dieser Weise entlohnt und dann mundernd man sich, wenn sie der Verführung unterliegen, die gerade in dieser Stellung nur allzulicht herantritt.

Deutsche Politik.

Ein Urteil über den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Die Königsberger „Gartungische Zeitung“ hatte in einem Artikel die Gründung des gelben Techniker-Verbandes durch den Reichsverband beleuchtet, worauf ihr von Reichsverbands-Beamten „Berichtigungen“ zugegangen waren, in denen bestritten wurde, daß der Reichsverband sich mit der Gründung des „nationalen Techniker-Verbandes“ beschäftigt habe. Jetzt schreibt die „Gartungische Ztg.“:

„Zu den auch uns zugehenden Berichtigungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie nimmt jetzt die „Deutsche Techniker-Zeitung“ Stellung. Dadurch wird der jesuitische Charakter dieser Elaborate in derartiger Naivität enthüllt, daß man von nun an in der Öffentlichkeit jeder Behauptung des genannten Reichsverbandes mit allergrößtem Mißtrauen wird entgegenzutreten müssen. . . . Es widerstrebt uns, noch weiter die schmutzige Wäsche des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu waschen. Der Geist, der zurzeit in seiner Zeitung, wie in seiner Beamtenschaft, waltet, dürfte nach diesen Leistungen gerichtet sein. Wer die Sozialdemokratie ehrlich bekämpfen will, darf nicht mit Mitteln der Verdächtigung, Täuschung und Verheimlichung arbeiten. So etwas ist niemals ein nationales oder patriotisches, sondern unter allen Umständen ein verwerfliches und unpatriotisches Beginnen.“

Die Sozialdemokratie hat schon vor Jahren, als der Fortschritt die Hilfe des Reichsverbandes schmunzelnd in Anspruch nahm, das Treiben des Reichsverbandes an den Pranger gestellt. Damals freilich hat die Fortschrittspresse nicht das mindeste an dem Vorgehen dieses Verbandes auszusetzen gehabt.

Der Kontakt zum Metzger Katholikentag.

Die Gegenläufe im Katholizismus sind gegenwärtig wieder bis zur Siedehitze zugekocht. Die wiederholten Besinnungen des päpstlichen Stuhles, jeden Streit untereinander zu lassen, sind vollständig vergessen. Auf dem bevorstehenden Katholikentag in Metz wird es zu einem Ringen zwischen den beiden Richtungen kommen, wie es in dieser Erbitterung noch keine Katholikentagung gesehen hat. Wie uns von wohlinformierter Seite mitgeteilt wird, ist man in beiden Lagern mit Hochdruck am Rükken, um die Gegenpartei in Metz mit Zwängen zu können. Die Berlin-Trierer Gruppe will mit Gewalt eine Stellungnahme des Katholikentages zu der päpstlichen Enzyklika singulari quodam im Sinne von Dp-persdorf und Korum erzwingen, die die Köln-M-Gladbacher Richtung unter allen Umständen verhindern muß, wenn sie nicht den öffentlichen Bankrott erklären will. Der Kampf wird sich in Metz allerdings nicht vor dem Forum der Öffentlichkeit abspielen, sondern in den unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Ausschüssen. Die Hauptschlacht wird im sozialen Ausschuss geschlagen werden, wo die Kölner infolge einer günstigen Position haben, als einer der übrigen, nämlich der Volksvereinsdirektor Abg. Dr. Pieper, den Vorhitz in Händen hat. Die Verluste der Trier-Berliner, an Stelle des ihnen verhassten Pieper einen anderen ihnen geneigten Vorhitzenden durchzubrüden, sind gescheitert. Das läßt auch schon darauf schließen, daß die Köln-Gladbacher in Metz noch einmal obliegen werden, denn sie haben jetzt nach der Zahl noch die Mehrheit.

Aldeutsche Tonart.

In Lunebille soll die Wohnung eines dort in Arbeit stehenden deutschen Arbeiters, der zu einer Landwehrübung nach Rehl einberufen wurde, vom Wöbel zerstört worden sein. Ob und wie dieser Vorfall sich abgespielt hat, steht noch nicht fest, die „Post“ aber kommt bereits zu folgender Verhöhnung der Regierung:

„Wie uns dazu an zuständiger Stelle erklärt wird, ist man auf dem Auswärtigen Amt in fieberhafter Tätigkeit, ein Danktelegramm zu stilisieren, in dem dem Präfelden von Lunebille der Dank der deutschen Regierung ausgesprochen wird, daß die edlen Bürger dieser Stadt in humaner Weise

das Leben der deutschen Frau und ihrer Kinder gesichert haben. Der deutsche Botschafter, Herr v. Schön, hat zu gleicher Zeit den Auftrag erhalten, dem Präsidenten der Republik den Dank des deutschen Volkes für das überaus taktvolle und ritterliche Verhalten der Lunebiller gegen die Frau und die Kinder des Landwehrmannes auszusprechen. Der deutschen Reichsregierung ist es selbstverständlich unbekannt gewesen, daß ein deutscher Landwehrmann in einer französischen Stadt seinen Wohnsitz genommen hat. Wäre ihr dies rechtzeitig zur Kenntnis gekommen, würde sie in lokaler Weise seine Festnahme und Rückbeförderung nach Deutschland beantragt und wegen Gefährdung des herzlichen Einvernehmens zwischen der französischen Republik und dem Deutschen Reich gebührend zu bestrafen.“

So schreibt ein Blatt, das nicht oft genug behaupten kann, die Sozialdemokratie habe es bei ihren Kritiken nur darauf abgesehen, die behördliche Autorität zu untergraben.

Badische Politik.

Ueber zunehmenden Einfluß der Sozialdemokratie in Baden

jammert der „Bad. Beobachter“. Er rechnet aus, daß von den 12 000 sozialdemokratischen Rathausmitgliedern des Reiches Baden allein 2152 — fast 18 Prozent stellt. Mit Bezug hierauf schreibt der schwarze Moniteur:

„Die Sozialdemokratie ist also auch auf kommunalpolitischem Gebiet weitaus vortan. Ihr Einfluß auf den Rathausern entspricht ganz dem, was Dr. Frank seinerzeit über den zunehmenden und bis in die höchsten Verwaltungszweige reichenden sozialdemokratischen Einfluß sagte. Daß dieser Einfluß nicht geschmälert wird, dafür will auch jetzt wieder der Großblod sorgen. Bürgerliche Elemente ziehen am Rarren der Sozialdemokratie und helfen ihm bereitwillig immer bergauf zum Schaden des Volkes. Wie lange soll noch das verderbliche Blindkuhspiel dauern?“

Will er uns vielleicht einmal angeben, inwiefern in Baden der sozialdemokratische Einfluß dem Volke bis jetzt geschadet hat? Kann er das nicht, so müssen wir seine Behauptungen als eine infame Pauschalverleumdung bezeichnen. Hat nicht z. B. gerade in Karlsruhe der sozialdemokratische Einfluß bei der drohenden Verschärfung der städtischen Verkehreinstitute sich als äußerst nützlich erwiesen? Und so ist es in tausend anderen Fragen. Die Sozialdemokratie will nur das Beste für das Volk. Wenn dem nicht so wäre, hätten wir bald ausgepielt. Daß unser Einfluß auf allen Gebieten dem Volke von Nutzen ist, beweist unser Vorwärtsschreiten und daß sich hiergegen das Zentrum mit Zähnen und Krallen wehrt, beweist, daß es eine volksfeindliche Partei par excellence ist.

Des Zentrums „Wahrhaftigkeit“.

Der „Bad. Beobachter“ macht fortgesetzt die verzweifeltsten Anstrengungen mit allem erdenklichen Aufwand jesuitischer Dialektik, nachzuweisen, daß Herr Wader nie und nimmer die Sozialdemokratie direkt oder indirekt unterstützt hat. Es mag paradox erscheinen, wenn derjenige, der den Nutzen einer Unterfertigung hatte, hilft, hintennach den „Freund“ bloßzustellen. Aber Herr Wader sagt ja „aus Haß der Städte und nicht um unsern Dank“ und er wird sich daher über den undankbaren alten „Freund“ nicht sonderlich aufregen, wenn wir zum wiederholten Male zwei alte Reminiszenzen ausgraben, um unserem heutigen „Freund“, dem Zentrum, einen Gefallen zu erweisen.

Herr Wader schrieb 1899 eine Broschüre: „Aufgaben und Ausblicke des Zentrums in Baden“ und da heißt es auf Seite 61/62:

„Im Jahre 1897 kamen 2 Mandate der Residenz Karlsruhe an die Sozialdemokraten . . . darob ist viel Geschrei erhoben worden, wie wenn etwas Unerhörtes oder geradezu Landesverräterisches geschehen wäre . . . die Wähler haben das Recht der ganz freien Wahl . . . es wäre direkt gegen den Geist der Verfassung, wenn die Wähler sich erst fragen wollten, wie man an dieser oder jener Stelle wünscht, daß sie ihr Wahlrecht ausüben.“

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Der nächste Tag war bitter kalt, der Wind biß ins Gesicht. Asmusen stand im Gastzimmer und lugte mißtrauisch ins Wetter. Es war nicht zu ändern, er mußte an Spaziergängen Mangel. Es mußten neue geschaffen werden, besonders die Wälder mußten auf Fußsteigen zu erreichen sein. Die Steige führten über Bauernland, er war mit den Bauern gut bekannt, er mußte die Sache ordnen. Er wäre gern zu Hause geblieben, der Wind war verdammt bißig. Wenn man sich in den Lornweg stellte, spürte man die Kleider nicht mehr; er drang durch bis auf die nackte Haut. Er war freilich hier am schlimmsten, der Wind strich durch den offenen Lornweg wie durch einen Kamin. Auf der Landstraße aber würde man auch gehörig mitgenommen werden. Die kalten Heden boten keinen Schutz. Der Wind würde kalt und eisk über die Oktober-schollen streichen. Ein anderer Tag wäre besser gewesen, es konnte aber kein anderer in Frage kommen. Er hatte sich in den verschiedenen Höfen bereits angemeldet, er mußte hin. Dem alten Peter fuhr es in alle Glieder, als er von der lustigen Ausfahrt hörte.

Frische Fische, gute Fische! Er wollte schnell von Hause fort, da es nun doch nicht vermieden werden konnte. Am Abend wollte er dann mit Dagmar reden. Gestern war die Sache bereitwillig geworden. Er hatte sich nun einmal gerütert, er hatte nicht freundschaftlich bleiben können, es ging ihm gegen den Strich, wenn derartige Leute bei ihm tranken. Dafür muß heute abend gesprochen werden. Er hatte eine Form auch schon gefunden; es konnte ein lieber Abend werden, wenn alles gut ging. Dagmar würde sich freuen, daß er es auf diese Weise machte. Er war durch den ausgezeigten Gedanken ganz angeregt worden. Er hänselte den alten Peter, weil sie ins kalte Wetter hinaus mußten. Peter konnte ruhig knurren, er hatte seine ausgezeichnete Idee. Es kam nur darauf an, sie unbemerkt

in die Wege zu leiten. Eine Art von Ueberraschung mußte es sein.

Dagmar war nach dem Essen auf ihrem Zimmer. Asmusen stärkte sich mit einer Tasse frischen Kaffees und ging dann heimlich in die Küche.

„Hören Sie“ — er winkte das Dienstmädchen zu sich heran — „heizen Sie unbemerkt die Wohnstube oben“.

„Unbemerkt?“ Dagmar war eine gute Herrin, sie mußte durchaus mit dem Mädchen auskommen, aber eine Herrin war sie allerdings. Es war ihr unangenehm, ohne Dagmars Wissen etwas vornehmen zu müssen. Was Asmusen wollte, konnte ihr nichts nützen. In der Küche hatte Dagmar das Regiment.

„Ganz unbemerkt, wie ich Ihnen sage. Wenn meine Frau etwas sieht, erwidern Sie nur, daß ich es angeordnet habe. Sie kann sich dann aufs Raten legen.“

„Jawohl, Herr Asmusen.“ Es geschah so leicht nichts, was Dagmar nicht bemerkte. Das Mädchen war beruhigt.

„Wenn das Abendessen kommt, zünden Sie dann oben die große Lampe mit dem roten Schirm an.“

„Es soll besorgt werden. Soll ich Ihrer Frau sagen, daß Sie fahren wollen?“

„Nein, das ist überflüssig.“ Er wollte heimlich verschwinden.

Peter hatte sich eingewickelt, als ob er nach dem Nordpol jolte. Er knurrte und schaute aber doch, als er auf den Bod-fletterte. Es sei ein Schweinewetter, ein Wetter, um sich eine Augenentzündung und den Tod zu holen. Aber was half es? Hü! Der Braune zog an und der flotte Einspänner rasselte zum Lornweg hinaus.

Asmusen fühlte sich ganz wohl. Es war ganz gut, den Schädel einmal gehörig auszulüften. Peters Knurren war eine angenehme Musik. Peter war ja nicht gesund, wenn er nicht knurren konnte.

Auf der Chaussee kam es freilich reichlich kräftig. Die Gegend war flach und offen, der Wind hatte freies Spiel und kam ihnen mit radiater Wut entgegen. Er fühlte sich an diesem kalten Tage als Herr, er war offenbar beleidigt, daß sie in seine Felle zu bringen wagten. Der Atem blieb

ihnen weg, so unerbittlich scharf griff er sie an.

Nun kann Peter nicht mehr knurren, dachte Asmusen und froh tief in seinen großen Wagenmantel. Er hatte weiß Gott den Atem nicht dazu.

Es war eine Erlösung, als man den ersten Hof erreichte. Die warme Stube tat sehr wohl, der Kaffee wärmte die erfrorenen Glieder und auch ein Schnaps konnte keinen Schaden tun. Peter behauptete, daß man ohne Schnaps die Schwindjucht sicher mit nach Hause brächte. Er wollte aber keine Schwindjucht haben und sorgte gründlich für seine Gesundheit.

Die Freude war überall groß, Asmusen war gern gesehen. Er hatte immer die Interessen seiner Bauernschaft wahrgenommen, hatte es mit dem Gelde gehapert, hatte er auch eine Kautions bereitwillig übernommen. Die Zeit war still, Besuch war ein hoher Festtag, man hatte überall für reichliche Bewirtung gesorgt. Und die Steige? Es war im Handumdrehen erledigt. Man tat Asmusen gern einen Gefallen. Peter schob das schönbelegte Butterbrot in den Mund und trank Schnaps von wegen der Schwindjucht. Es war nur das Glend, daß er beim Fahren die Bügel halten mußte. Er konnte die Finger nicht warm kriegen. Einen Augenblick dachte er daran, in aller Freundschaft die Bügel an Asmusen abzutreten. Er war durch den Schnaps sehr unternehmend geworden. Er tat es aber schließlich doch nicht. Früher hätte er es bei Asmusen gut riskieren können. Wenn aber Dagmar davon erfuhre? Sie war so hochtastig geworden, daß man ihr nicht mehr nahekommen konnte. Sie ging ja mit den allerfeinsten Leuten um. Peter riskierte es nicht. Er wurde seit langem nicht mehr verwöhnt.

„Sie sehen entzückend aus, gnädige Frau,“ sagte der Referendar.

Dagmar war eben mit dem Zahnarzt in den Saal getreten. Der Tülleneinlag der weißen seidnen Bluse ließ die jugendliche Blüte durchschimmern.

Die Fische waren spärlich besetzt; die Vorstellung hatte eben begonnen. Auf dem Podium sah eine Varietégesellschaft aus Hamburg.

Bro
Heiß
fei
den
S
A
maß
Seut
als
noch
brech
nigte
glau
haber
Wer
trum
A
meilie
stehe
ein G
flipp
große
Groß
danke
m. K
dant
den
A B
voll
noch
dazu
da
los
Da
seinen
M m
wollen.
er jagt
del n
trum
Der
die Kar
die wen
rufen m
kommer
standba
vor 14
aufgest
Wochbr
Kandid
Parteien
haupteit
Entfüll
daß ein
unter d
ergangen
aufzuste
Parteien
Brief g
N e b m
Der
folgt:
B
und je
ständig
gesproch
sein.
gebilde
zu dem
Parteien
Unter
sagen hat
Schweigen
Wie u
gur Regel
wird sich
Vender e
Jahres 1
Liberalen
Stimmen.
„Gaben
Nicht
Auch die
Nun ab
Der Kapel
Lasten ein
Die Di
mit heißen
frohheit,
Dagmar
Es war
mit Begier
Beine sehen
hagelbicht h
„Wollen
sich nach
„Meinet
„Es ist
Der Zah
Wi, jagt
Lasten geg
Asmusen
war schön g
Räder auf d
einem Male
waren dum
waren erleu
ten. Es wo
so freunds
freien Banf
woblich.

Herr Wader schrieb dann im Jahre 1900 wieder eine Broschüre: „Wer fördert die Umsturzbestrebungen?“ und dort heißt es auf Seite 68:

„Es soll wie eine Untat gegen den Großherzog anzusehen sein, daß die Residenz sozialdemokratische Vertretung bekommen hat. Traurige Gestalten von Volksmännern, die solche Sprüche machen.“

Die „traurigen Gestalten von Volksmännern“, die damals solche „Sprüche“ gemacht haben, sind die Liberalen. Heute präsentieren sich zwar unsere „Freunde“ vom Zentrum als die selben „traurigen Gestalten von Volksmännern“, die noch viel schauerlichere „Sprüche“ machen über die hereinbrechende „sozialdemokratische Gefahr“. Doch das sind Kleinigkeiten, über die wir uns nicht mehr aufregen. Jedenfalls glauben wir mit den oben erwähnten Zitaten nachgewiesen zu haben, daß Herr Wader nie und nimmer unser Freund war. Wer mag es jetzt noch, an der „Wahrhaftigkeit“ des Zentrums zu zweifeln?

Auf der gleichen Stufe der „Wahrhaftigkeit“ steht eine neuzeitliche Behauptung des Mannheimer Waldmichels, es bestehe unter den Großblöckparteiern neben dem offiziellen noch ein Geheimabkommen. Das ist zwar von allen Seiten klipp und klar bestritten worden, aber darum kümmern sich große Geister nicht und der „Bad. Beobachter“ bezeichnet den Großblock als eine „Gesellschaft mit betrügerischen Hintergedanken“. Der „Bad. Landesbote“ schreibt deshalb mit Recht:

„Daß der „Beob.“ es fertig bringt, den Großblock als G. m. b. H., d. h. als „Gesellschaft mit betrügerischen Hintergedanken“ zu bezeichnen und damit den Großblockanhängern den direkte Vorwurf bewußter betrügerischer Absichten zu machen, zeigt nur, daß er das Gefühl dafür vollständig verloren hat, daß es auch im politischen Kampf noch gewisse Anstandsregeln gibt. Wir verzichten darum auf den Versuch, an sein Anstandsgefühl zu appellieren, da wir sehr wohl wissen, daß dieser Versuch vollständig zwecklos wäre.“

Das letztere haben wir schon längst aufgegeben. Es hat seinen Zweck, sich mit einer Weltanschauung, die auf der Unwahrhaftigkeit aufgebaut ist, auseinanderzusetzen zu wollen. Eitles Beginnen! Dr. Sigl hatte ganz recht, wenn er sagte: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“ Er kannte als abgefallener Zentrumsmitglied seine Pappenheimer.

In Sachen „Ettlingen“.

Der „Badische Beobachter“ vom 9. August bringt über die Kandidatenaufstellung in Ettlingen eine Enthüllung, die wenn sie sich bestätigt, das größte Aufsehen hervorrufen muß. Wie früher gemeldet, haben nach dem Abkommen die Nationalliberalen in Ettlingen den Wahlkandidaten aufzustellen. Es haben jedoch die Volksparteier vor 14 Tagen den Professor Dr. Thoma von Ettlingen aufgestellt. Auf Beschwerde der „Landeszeitung“ über Bloßbruch führte der demokratische „Landesbote“ die Kandidatenaufstellung auf ein Mißverständnis der örtlichen Parteileitung der Volkspartei zurück, worauf diese behauptete, der Kandidat sei rechtmäßig aufgestellt. Die Enthüllung des „Badischen Beobachters“ besteht darin, daß ein Brief der Parteileitung der Volkspartei unter dem 5. Juli nach Ettlingen an den Vorsitzenden. Verein ergangen sei, mit der Aufforderung, einen Kandidaten aufzustellen. Der Brief ist unterzeichnet von dem volksparteil. Parteihaupt Prof. Helbing und in der Ecke links sei der Brief gegengezeichnet von dem nat.lib. Parteichef Rebmann.

Der „Bad. Landesbote“ äußert sich zu der Sache wie folgt: „Wir haben keine Veranlassung, uns mit dem „Bad. Beob.“ und seinen Hintermännern auseinanderzusetzen, ehe die zuständigen Partei-Instanzen über die Angelegenheit endgültig gesprochen haben. Das wird in der aller nächsten Zeit der Fall sein. Solange muß sich der neugierige „Bad. Beob.“ noch gedulden. Wir können ihm aber heute schon verraten, daß es zu dem von ihm erhoffenen Streit zwischen den beiden liberalen Parteien nicht kommen wird.“

Interessant wäre zunächst, was Herr Rebmann dazu zu sagen hat. Bis jetzt hüllt sich die „Landeszeitung“ noch in Schweigen.

Wie uns mitgeteilt wird, war am Sonntag Herr Nusser zur Regelung der Sache in Ettlingen.

Um das Erbe Lenders

wird sich demnächst ein heftiger Kampf entspinnen. Dr. Lender erhielt bei der letzten Wahl im Januar vorigen Jahres 15 886 Stimmen, der Kandidat der vereinigten Liberalen 4200, der sozialdemokratische Bewerber 5217 Stimmen. Die Zentrumsmehrheit betrug zwar immer

„Gaben wir etwas veräumt?“ fragte der Zahnarzt. „Nicht im geringsten. Einleitungsfehler.“
Auch die nächsten Nummern waren noch matt.
Nun aber sprang eine dreiste Schönheit auf die Bühne. Der Kapellmeister griff mit einem starken Akkord in die Tasten ein. Es lohnte sich, anzufangen, der Saal war voll. Die Dirne war nicht übel. Schmarz wie die Nacht und mit heißen Augen. Sie schwenkte die Röcke mit einer Unberührtheit, die nichts zu wünschen übrig ließ.
Dagmar lächelte interessiert.
Es war still geworden. Die bekannten Pointen wurden mit Begier verschlungen. Ein letzter Wirbeltanz, der ihre Weime sehen ließ. Dann ging sie, und der Beifall prasselte hagelartig hernieder.
„Wollen Sie nicht Wein trinken?“ Der Referendar fühlte sich nach Berlin verjagt.
„Meinetwegen.“
„Es ist lustiger.“ sagte Dagmar.
Der Zahnarzt klatschte in die Hände, und der Kellner kam. „Vst“, sagte der Referendar. Der Kapellmeister hatte in die Tasten gegriffen. Die zweite Nummer begann.
Ammussens Einspänner rollte in die Stadt hinein. Es war schon gewesen, es war doch ein froher Gruß, als die Räder auf dem Pflaster zu raseln begannen. Es war mit einem Male so heimlich und angenehm. Die Straßen waren dunkel, aber die Laternen brannten. Die Räder waren erleuchtet. Hier und da grüßte man einen Bekannten. Es war, als wäre man auf eine Reise fort gewesen, so freundlich grüßten überall die hellen Fenster. Nach der freien Landstraße war es in den Gassen sehr angenehm und wohlblick.

noch rund 6400 Stimmen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Mehrheit diesmal etwas zusammenschumpft. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt
„Das Zentrum rechnet damit, daß die Gegner diesmal große Anstrengungen machen werden, und seine Presse fordert schon jetzt auf, „für das parteipolitische Erbe des Herrn Dr. Lender den entschiedenen Kampf aufzunehmen“. Die gleiche Aufforderung, nur mit der Zuspitzung auf die Eroberung dieses Sitzes werden die Parteien der Linken für sich gelten lassen. Daß bei geschickter, energischer Arbeit ein Erfolg zu erzielen ist, steht außer Zweifel. Ein Erfolg auch im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen — und für sie von ganz besonderer Bedeutung — wäre aber schon eine kräftige Zurückdrängung der Zentrumsstimmen. Daß darüber hinaus Erfolge als nicht ausgeschlossen gelten, läßt die Zentrumspresse selber durchblicken, wenn sie den Wunsch ausspricht, der Wahlkreis müsse einer von denen bleiben, die bereits im ersten Wahlgang schon dem Zentrumskandidaten zum Siege verhelfen.“ Die Angst, in eine Stichwahl gedrängt zu werden, spricht aus diesem Wunsch recht deutlich.“
Jedenfalls sollte von unserer Seite energisch in die Agitation eingetreten werden, damit es möglichst zu einer Stichwahl kommt.

noch rund 6400 Stimmen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Mehrheit diesmal etwas zusammenschumpft. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt

„Das Zentrum rechnet damit, daß die Gegner diesmal große Anstrengungen machen werden, und seine Presse fordert schon jetzt auf, „für das parteipolitische Erbe des Herrn Dr. Lender den entschiedenen Kampf aufzunehmen“. Die gleiche Aufforderung, nur mit der Zuspitzung auf die Eroberung dieses Sitzes werden die Parteien der Linken für sich gelten lassen. Daß bei geschickter, energischer Arbeit ein Erfolg zu erzielen ist, steht außer Zweifel. Ein Erfolg auch im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen — und für sie von ganz besonderer Bedeutung — wäre aber schon eine kräftige Zurückdrängung der Zentrumsstimmen. Daß darüber hinaus Erfolge als nicht ausgeschlossen gelten, läßt die Zentrumspresse selber durchblicken, wenn sie den Wunsch ausspricht, der Wahlkreis müsse einer von denen bleiben, die bereits im ersten Wahlgang schon dem Zentrumskandidaten zum Siege verhelfen.“ Die Angst, in eine Stichwahl gedrängt zu werden, spricht aus diesem Wunsch recht deutlich.“
Jedenfalls sollte von unserer Seite energisch in die Agitation eingetreten werden, damit es möglichst zu einer Stichwahl kommt.

Internationaler Metallarbeiter-Bund.

Berlin, 6. Aug. 1913.

k. r. Am Mittwoch vormittag wurde der dritte Kongress des Internationalen Metallarbeiter-Bundes im Berliner Gewerkschaftshaus eröffnet. Der Kongress ist von 84 Delegierten aus 12 Ländern besetzt, die insgesamt 1 106 000 Mitglieder vertreten, außerdem sind Dolmetscher, 2 Vorstandsmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ anwesend.

Der Internationale Metallarbeiterbund ist im Jahre 1904 mit 36 Vereinen, die insgesamt 440 471 Mitglieder zählten, gegründet worden. Er hat sich seitdem prächtig entwickelt und umfaßt heute 20 Länder mit 50 Vereinen. Der Internationale Bund hat seit 1904 bereits acht angeschlossenen Organisationen aus verschiedenen Ländern Unterstützung von rund 66 000 Mt. zuteil werden lassen. Ferner hat der Internationale Bund den schwedischen Metallarbeitern in ihrem schweren Kampf 806 000 Mark an Unterstützung zukommen lassen können, eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Der Bund hatte 38 Millionen reiner Einnahme und außer der hohen Unterstützungssumme noch eine Million an Ausgaben für Bildungszwecke und trotzdem noch ein Gesamtvermögen von 44 Millionen Mark.

Genosse Cohen-Berlin begrüßte die Erschienenen namens der Berliner Mitgliedschaft auf das herzlichste. Ihm folgte Reichelt-Stuttgart als Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Redner schilderte in großen Zügen die Entwicklung des Metallarbeiter-Verbandes und wie der Gedanke der Einheitsorganisation markiert. Während der letzten drei Jahre hat der deutsche Verband ca. 50 Prozent Mitglieder gewonnen, so daß fünf Sechstel der im Internationalen Bund vereinigten Metallarbeiter dem deutschen Verbande angehören.

Uebergehend zur Zeichnung der politischen Situation betont Redner, daß das Wirtschaftsleben Deutschlands ang unter dem Krieg und der Kriegesgefahr gelitten hat und wie bereits die industrielle Hochkonjunktur von einem wirtschaftlichen Niedergang abgelöst zu werden droht. Schon jetzt haben große Arbeitslosen-Verammlungen in einzelnen Städten stattgefunden, um Mittel und Wege zu finden, dem mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Elend der Arbeiterklasse zu steuern. Die Staatsmänner stehen der Lösung dieses Problems meist ratlos gegenüber, nur in einzelnen Gemeinden zeigen sich kümmerliche Ansätze zu einer öffentlichen Arbeitslosen-Versicherung. — Wir sind überzeugt, daß ebenso wie der politische Parlamentarismus gekommen ist und sich die ersten eine Beschränkung ihrer Machtvollkommenheit gefallen lassen mußten, auch der Fabrik-Parlamentarismus kommt. An Stelle der einseitigen Befehlsgebungen der Arbeitsbedingungen durch den Unternehmer muß die geordnete Mitwirkung der Arbeiterschaft durch Tarifverträge treten. Wohl wissen wir, daß auch Tarifverträge nicht vor harten Zusammenstößen zwischen Kapital und Arbeit schützen, aber sie verbürgen für eine längere Zeit den gewerblichen Frieden. Des Redners Ausführungen klingen aus in die Worte: Durch unermüdete Organisationsarbeit zur Macht und durch die Macht zum Sieg für Freiheit und Fortschritt!

Nachdem die Formalitäten: Wahl der Mandatsprüfungskommission, Wahl des Bureau, erledigt, wurde der provisorischen Tagesordnung zugehört. Dasselbe umfaßt außer der Berichtserstattung noch die Punkte: Beratung über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen, und die Begrenzung des Tätigkeitsgebietes der nationalen Verbände.

Den Vorsitz übernimmt nunmehr Wallis-England, der nach den Worten des Uebersetzers Baumeyer einen Rückblick über das Anwachsen der internationalen Bewegung gab und seine Freude ausdrückte, daß heute die internationale Verständigung sich auf alle Verbands- und Berufsfragen erstreckt. Wenn auch die Bewegung in England langsam vorwärts komme, so habe sie doch auch Gutes gebracht. Die Gewerkschaftsbewegung, die in Deutschland später einsetzte, konnte alle Fehler vermeiden, die früher in England gemacht worden sind. Er hoffe als Gewerkschaftler und als organisierter Sozialist, daß die Zeit bald kommen werde, wo die Arbeiter die Kontrolle der Fabriken besitzen und den Willen der Friede garantiert wird.

Es erhebt dann Schlöde als internationaler Sekretär den Rechenschaftsbericht: Die vom letzten Kongress in Aussicht genommenen internationalen Statistiken beschränkten sich darauf, zunächst die inneren Verhältnisse der angeschlossenen Verbände statistisch zu erfassen und in der Metallarbeiter-Rundschau zu veröffentlichen. Von allgemeinen Statistiken ganzlicher Verufe mußte in Anbetracht der sehr verschiedenartigen Organisationsverhältnisse in den einzelnen Ländern und in Rücksicht darauf, daß noch große und wichtige Industrieländer dem Bund fernstehen, abgesehen werden.

Diese Zusammenfassung und Aufzeichnung statistischen Materials über Arbeitszeit, Löhne und Lebenshaltung erscheint recht wichtig im Hinblick auf die Zustunftsrechnung, die im Bund von immer größerer Bedeutung wird. Mit der Zunahme und Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation in den einzelnen Ländern gelangt es auch nach und nach, die einzelnen Mitglieder vor einer Reise nach dem Ausland zur Eingehung von Erkundigungen zu bestimmen. Wenn es auch selbstverständlich ist, daß der Sekretär in seiner Antwort darauf hinweist, daß in anderssprachigen Gebieten die Kenntnis der Arbeiter dadurch zurückhalten, so läßt sich heute kaum mehr ein es fremdsprachige Betriebe und Industriegebiete und in solchen seiner Muttersprache unterzuzufassen, rechnet heute ein nicht geringer Teil der nach dem Auslande gehenden Arbeiter.

Es empfahl sich daher, daß von Zeit zu Zeit die statistischen Aufnahmen sich nicht nur auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch auf die Lebenshaltung erstrecken und darüber dem

Sekretär Mitteilung gemacht werde. Im weiteren riet Redner jenen Ländern, die noch keine tarifliche Regelung ihrer Arbeitszeit haben, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter selbst durch Verabredung in der Landesorganisation ihren Lohn allmählich höher zu bringen und durch Beitragserschöpfung die Leistungsfähigkeit der Organisation zu steigern suchen sollten. Einheitlichkeit der Landesvereine ist die Grundbedingung, daß ein gesundes Verhältnis zwischen den Leistungen der Mitglieder an die Organisation und den Leistungen derselben an die Mitglieder besteht.

Die „Internationale Metallarbeiter-Rundschau“ bedarf noch der Ausgestaltung und ist die Berichterstattung aus den einzelnen Ländern noch viel besser auszuhalten, damit Bausteine zu Bausteinen zur großen internationalen Organisation zusammengetragen wird, damit durch den Bund den Metallarbeitern aller Länder Rat und Tat zuteil wird. — Es gilt, noch fernstehende Industrieländer für die internationale Vereinigung zu gewinnen. Zunächst gilt es, Amerika für unsere Ideen zu begeistern, sein Interesse zu wecken, damit auch es sich anschließt. — Die englischen Arbeiter haben in den letzten Jahren viel Probleme zu lösen gehabt; es soll ihnen deshalb kein Vorwurf ob ihrer lauen Propaganda gemacht werden. Das Neue in eigenen Lande, die politische Betätigung, die Versicherungsgesetzgebung, nahm ihre Kräfte in Anspruch. Deshalb ist eine herbe Kritik nicht am Platze. Den Arbeitern des Kontinents geht es dort zu langsam, aber es geht nicht, alle Länder zu schablonisieren. Ein jedes Land muß nach seiner Methode arbeiten, doch sollen uns diese besonderen Methoden nicht trennen, sondern einigen! (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht der Revisionskommission gab Schneebeger v. Bern. Er betonte, daß die Kassengeschäfte sich in bester Ordnung befinden und dem internationalen Sekretär für seine Geschäftsführung Dank und Entlastung zu erteilen sei.

Berlin, 7. Aug. 1913.

2. Verhandlungstag.

Die Sitzung begann unter dem Präsidium des Genossen Solau-Brüssel und wurde zunächst in die Beratung über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen eingeleitet. Den Beratungen liegen eine Anzahl von der britischen Abteilung gemachten und von Hobson-England (Gold- und Silberarbeiter) begründeten Vorschläge zugrunde, die sich auf die Erhaltung der Mitgliedschaft, auf die materielle und moralische Unterstützung sowie auf Verwendung der bewilligten Unterstüßungen beziehen.

Der Vertreter der Maschinenbauer Englands, Genosse Brownlie, sprach ebenfalls zu diesem Entwurf. In warmen Worten empfahl er denselben zur Annahme. Von der deutschen Organisation sprach Cohen-Berlin, der seiner Freude Ausdruck gab, daß gerade ein solcher Antrag von England komme und von dem Vorsitzenden der Maschinenbauer so prächtig befürwortet sei. In der materiellen Unterstützung komme nicht der internationale Gedanke zum Ausdruck, aber sie sei notwendig; man dürfe nie den Freund in der Not allein lassen. Er erblicke in die Annahme dieses Entwurfes einen riesigen Fortschritt auf dem Wege der Verständigung der Arbeiterschaft. In zunehmendem Sinne sprach auch Janßen-Holland, doch wünscht er die Gründung einer Extra-Reiseunterstützungskasse.

Beer-Oesterreich bezeichnet den britischen Entwurf als einen großen Fortschritt und als Wandlung der bisherigen Anschauungen Englands. Er glaube, daß dieser Beschluß auch von weittragender Wirkung auf die Unternehmer-Organisationen sei. Für seine, sowie für die deutsche Delegation gibt er die Erklärung ab, daß man dem Vorschlag Janßen auf Gründung einer Extra-Reisekasse nicht folgen könne.

Die französische Delegation brachte noch kurz vor der Abstimmung den Antrag ein, daß bei Unterbreitung des Entwurfes den einzelnen Ländern Abänderungsvorschläge freistehen, besonders betreffs des obligatorischen Beitrags, und daß der nächste internationale Kongress sich weiter damit beschäftigen solle. Dieser Antrag fand jedoch keine Zustimmung; er wurde von Cohen-Berlin als ein Verschleppungsantrag gekennzeichnet und besonders von Schlöde-Stuttgart und Hobson-England bekämpft. Darauf erklärt Reicheim-Frankreich, daß er namens seiner Delegation den Antrag zurückziehe.

Durch Abstimmung beschloß dann der Kongress die Annahme des vorstehenden Entwurfes mit der Maßgabe, daß er allen angeschlossenen Organisationen zur Annahme zuzuführen ist und mit dem Zusatz: Der Höchstbeitrag des Extrabeitrages soll 1—8 Pf. pro Woche und Mitglied für 6 Wochen nicht übersteigen. Bei kleineren Organisationen und Streiks sind die Mittel aus der allgemeinen Kasse oder aus einem besonders dafür geschaffenen Fond zu entnehmen. — Die angeschlossenen Organisationen haben sich innerhalb 6 Monaten über die Annahme oder Ablehnung des Entwurfes zu äußern.

Die Schlussverhandlungen finden unter dem Präsidium des Genossen Reichelt-Stuttgart statt. Ueber die Begrenzung des Tätigkeitsgebietes der nationalen Verbände referiert LeFebvre-Frankreich. Er wünscht, daß in Zukunft die zum Anschluß sich meldenden Organisationen in der internationalen Rundschau veröffentlicht werden, damit eventl. Einspruch erhoben werden kann, da es Organisationen gibt, die im eigenen Land ihre Pflicht nicht erfüllen. Gegen diesen Antrag sprechen Schlöde und Borhölzer von der deutschen Organisation. Sie sind der Ansicht, daß der internationale Bund sich jeden Einflusses auf die Organisationen der einzelnen Länder zu enthalten habe.

Schlöde wünscht, daß man diesen Antrag dem Sekretär überweise. Da aber die französische Delegation auf Zustimmung beharrt, so erfolgt die Ablehnung gegen die Stimmen der französischen und zweier belgischen Delegierten.
Als internationaler Sekretär wird Schlöde einstimmig wiedergewählt. Die Revisoren der Bundeskasse zu stellen, werden die Länder England, Schweiz und Dänemark bestimmt. Der nächste Kongress soll im Jahre 1916 in Wien stattfinden. Von der französischen Delegation wird noch geschilbert, wie reichlos dort die fremdsprachigen Arbeiter sind. Sehr oft werden diese bei Unfällen einfach ausgetrieben. Die Delegation wünscht, daß in der Gewerkschaftspressen der einzelnen Länder hierauf hingewiesen wird. Nach einigen herzlichen Schlussworten des Sekretärs sind die Arbeiten des Kongresses erledigt.

16. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

k. r. Heidelberg, 8. Aug.

Fünfter Verhandlungstag.

Nachdem C. Arnold (Hamburg) ein beifällig aufgenommenes Referat über die „Vollstufzorge“ gehalten und in der Diskussion auf einige Fragen Auskunft gegeben, wurden etliche Aenderungen am Wahlreglement vorgenommen. (Früher bildete jeder im Verbands abgegrenzte Gau einen Wahlkreis, auf je 500 Mitglieder entfiel ein Delegierter. Jetzt heißt es einfach, die Wahlkreise sind so abzugrenzen, daß auf je 500 Mitglieder ein Delegierter entfällt.)

Beim Punkt Wahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt; an Stelle des in die Verwaltung der „Vollstufzorge“ eingetretenen Kollegen Arnold wurde der bisherige Gauleiter Wenzel (Dresden) als Vorstandssekretär gewählt; gleichfalls wurde der bisherige Ausschubvorsitzende weiter be-

Zur Lage auf dem Balkan.

Athen, 9. August. Auf Befehl des Königs Konstantin haben gestern um 6 Uhr morgens sämtliche Küsten- und Festungsbatterien sowie die Flotte einen Salut von 101 Schuß abgegeben, zur Feier des größten Tages Griechenlands. Als um 6 Uhr der erste Kanonenschuß ertönte, sammelten sich in den Straßen sofort große Menschenmengen. Alle Häuser und öffentlichen Gebäude wurden besetzt. In der Stadionsstraße setzte sich ein Zug zusammen, der unter Führung patriotischer Lieder einen Umzug veranstaltete. Man ließ in jeder Straße den König, Venizelos, die Armee, die Flotte und das Vaterland hochleben. Auch Hochrufe auf Nea Hellas (Neu Griechenland) ertönten. Wer nicht auf den Straßen war, stand auf den Balkonen und winkte jubelnd der Menge zu.

Saloniki, 9. August. Laut hier eingetroffenen Nachrichten haben die Türken Sufla besetzt. Ein Teil der griechischen Truppen ist bereits von der alten bulgarischen Grenze nach Demir Hisar zurückgezogen worden.

Konstantinopel, 9. August. Auf der Pforte wird erklärt, daß die Antwort auf die Verbalnote der Mächte eine in höflicher Form gehaltene Ablehnung sein werde. Eine freiwillige Räumung Adrianopels sei ganz ausgeschlossen. Die türkische Armee, welche aus 200 000 Mann besteht und zwischen Aschoriu und der Maritsa sich befindet, würde einem solchen Befehl aus Konstantinopel keine Folge leisten. Die Armee sei entschlossen, bis zur Vernichtung zu kämpfen.

Budapest, 9. August. Die Friedenskonferenz hielt heute vormittag ihre letzte Sitzung ab. Nisitsch verlas eine Erklärung, daß Serbien sich die Prüfung der Entschädigung durch das Haager Schiedsgericht vorbehalte. Venizelos erklärte daselbe. Artikel 5, der die Demobilisierung betrifft, wurde angenommen. Die Räumung des bulgarischen Gebietes wird jedoch erst nach der bulgarischen Demobilisierung stattfinden.

Nach Annahme der letzten Paragraphen erklärte auf eine Anfrage von Venizelos, ob die Bulgaren nicht die Erklärung über die gegenseitige Freiheit von Kirchen und Schulen annehmen würden, Radem, er könne dies nicht auf der Stelle entscheiden. Tomitsch verlas eine Erklärung, wonach Bulgarien die Teilung der Gebiete nach dem Nationalitätsprinzip gemüßigt hätte, aber hofft, daß die Mächte für Bulgariens Interessen eintreten würden. Nach weiteren Erklärungen führte Ministerpräsident Majorescu u. a. aus, daß die abgegebenen Erklärungen den Wert des abgeschlossenen Friedensvertrages nicht abschwächen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages findet morgen vormittag um 9 Uhr statt, woran sich ein Teedeum in der Kathedrale schließt.

Budapest, 9. August. (Meldung der Agence Havas.) Die Plenarsitzung der Friedenskonferenz beendigte heute die Regelung der schwebenden Fragen und revidierte den Friedensvertrag, der morgen früh von den Chefs der Delegationen unterzeichnet werden wird. Die Demobilisierung wird am Montag beginnen. Die Schul- und Kirchenfragen sind von beiden Parteien fallen gelassen worden.

Budapest, 9. August. Von dem eroberten ehemaligen türkischen Gebiet wird Griechenland etwa 60 000, Serbien 45 000 und Bulgarien etwa 37 000 Quadratkilometer erhalten. Griechenland trägt also den Löwenanteil davon. Montenegro geht nahezu leer aus.

Budapest, 10. August. Heute vormittag um 10.30 Uhr wurde in der Schlußsitzung der Friedenskonferenz der Friedensvertrag unterzeichnet. Geschützdonner und Glodengeläute begleiteten den feierlichen Akt. Die Stadt ist besetzt.

Belgrad, 10. August. Aus Anlaß der Unterzeichnung des Friedensvertrages ist die Stadt festlich besetzt. Das Armeekommando trifft bereits Vorbereitungen für eine allmähliche Durchführung der Demobilisierung.

London, 9. August. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich bei Peovil. Ein Extrazug von London traf mit halbbründer Verspätung ein und stand im Bahnhofs, als plötzlich eine Maschine in den letzten Wagen hineinfiel. Zwei Personen wurden getötet, sechs schwer und eine Anzahl leichter verletzt.

Wien, 9. August. Mit einem Fernflug Johannstal-Königsberg hat gestern der Pilot der Sportfluggesellschaft Friedrich, mit Oberleutnant Zimmermann an Bord auf einer Etappenflucht die 4000 Mark-Rente der National-Fluggesellschaft erobert, Taube die 4000 Mark-Rente der National-Fluggesellschaft erobert, Chemnitz nach Wien zuletzt gewonnen hatte. Friedrich startete um 4 Uhr 30 Min. früh und landete nach einem Aufenthalt von 1 Stunde 40 Min. in Schneidemühl um 10.57 Uhr in Königsberg. Am Nachmittag flog er von dort nach Ansternburg, wo er um 6 Uhr landete und feierte um 7 Uhr 05 wieder nach Königsberg zurück.

Berlin, 10. August. Preisaus schreiben der National-Fluggesellschaft für Fernflüge. Der Verwaltungsausschuß der National-Fluggesellschaft hat beschlossen, für Fernflüge, die in der Zeit vom 15. September bis 31. Oktober 1913 als Tagesleistung — d. h. in der Zeit von Mitternacht bis zur Mitternacht des folgenden Tages — mit oder ohne Fluggast ausgeführt werden, folgende Preise auszugeben:

Für die sechs weitesten Flüge werden ausgesetzt: 60 000 Mark als 1. Preis, 50 000 Mark als 2. Preis, 40 000 Mark als 3. Preis, 25 000 Mark als 4. Preis, 15 000 Mark als 5. Preis, 10 000 Mark als 6. Preis.

Fliegerabsturz. St. i. d. Mark, 10. August. Der Flieger Roseler ist mit seinem Flugschüler Stephan heute früh abgestürzt. Beide Flieger sind tot.

gestern Abend ist von den bei der Bootskatastrophe Verunglückten die 10. Leiche, ein Mann, geborgen worden, dessen Persönlichkeit bis jetzt nicht festgestellt werden konnte. Im Hotel Seestern fand gestern nachmittag eine Versammlung von Badegästen statt, die von etwa 800 Personen besucht war und die sich mit der Boots-Katastrophe befaßte. Die Behörden wurden darin aufgefordert, in Zukunft bessere Maßnahmen für die Sicherheit des Bades-Publikums zu treffen. Zur weiteren Beratung der Angelegenheit eine sechsgliedrige Kommission gewählt. Eine Sammlung für Bauer und einen der Geretteten, der sein ganzes Geld verloren hatte, ergab 100 Mk. Die amtliche Untersuchung der Katastrophe hat bisher ergeben, daß im Boote alles in Ordnung war und die beiden Bauer mit der nötigen Vorsicht manöviert haben. Bauer sen. ist gestern nachmittag gestorben. Die getretete Frau Goldemann ist noch ganz apathisch und will den Tod ihres Mannes und des ältesten Sohnes nicht glauben.

Unglücksfall. Wiesbaden, 9. August. In der Engelmännchen Mühle in Weilburg stürzte heute Abend der Sattler Wilhelm Henschel beim Auslegen eines neuen Treibriemens in die Transmission. Er wurde mehrfach herumgeschleudert und war sofort tot. Er hinterläßt eine Witwe mit neun Kindern.

Wegen Engelmacherei verhaftet. Königsberg, 9. August. Auf Veranlassung der Königsberger Staatsanwaltschaft wurde eine Hebamme, die einer Privat-Entbindungsanstalt vorsteht, wegen Bedachts der Engelmacherei verhaftet. Da die bei ihr abgehaltene Hausführung den Verdacht bestärkte, hat der Staatsanwalt die Ausgrabungen der zuletzt gestorbenen vier Kinder zur Obduktion angeordnet. In den letzten drei Monaten sollen in der Anstalt gegen 15 Kinder gestorben sein.

Feuersbrunst. Bensfeld bei Erstein (Sfah), 9. August. Die erst vor einigen Jahren neu errichtete Spinnerei und Weberei von Bach und Bloch ist heute früh vollständig niedergebrannt. Die Ursache des Brandes soll, wie verlautet, das Verschleifen eines Wellenlagers sein. 600 Arbeiter sind vorerst brotlos. Der Schaden wird auf circa 1 Million Mark geschätzt.

Brandunglück. Dürheim, 9. August. Heute mittag gegen 12 Uhr explodierte ein Apparat, in dem Schuhschneidmaschine hergestellt wurde. Die mit der Herstellung der Creme beschäftigte Ehefrau des Wilhelm Steinwachs fing mit ihrem Kleinen Feuer und verlor die vollständig. Ihr Mann, der ihr zu Hilfe eilte, erlitt lebensgefährliche Brandwunden.

Bergwerksunglück. Kupferberg, 10. August. Gestern Abend 6 Uhr verunglückte auf der Zeche Adler bei der Herstellung des Durchschlags mit einem alten verlassenen Schacht der früheren Gewerkschaft Petersburg infolge unerwartenden Vereinstretens der stehenden Ständerwasser der Betriebsführer Friedrich Voelke und der Schachtaufseher Kotschalski wurden tödlich verletzt, während der Arbeiter Sohns mit leichten Verletzungen davonkam.

Eisenbahnunglück. London, 9. August. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich bei Peovil. Ein Extrazug von London traf mit halbbründer Verspätung ein und stand im Bahnhofs, als plötzlich eine Maschine in den letzten Wagen hineinfiel. Zwei Personen wurden getötet, sechs schwer und eine Anzahl leichter verletzt.

Luftschiffahrt und Flugsport. Berlin, 9. August. Mit einem Fernflug Johannstal-Königsberg hat gestern der Pilot der Sportfluggesellschaft Friedrich, mit Oberleutnant Zimmermann an Bord auf einer Etappenflucht die 4000 Mark-Rente der National-Fluggesellschaft erobert, Taube die 4000 Mark-Rente der National-Fluggesellschaft erobert, Chemnitz nach Wien zuletzt gewonnen hatte. Friedrich startete um 4 Uhr 30 Min. früh und landete nach einem Aufenthalt von 1 Stunde 40 Min. in Schneidemühl um 10.57 Uhr in Königsberg. Am Nachmittag flog er von dort nach Ansternburg, wo er um 6 Uhr landete und feierte um 7 Uhr 05 wieder nach Königsberg zurück.

Berlin, 10. August. Preisaus schreiben der National-Fluggesellschaft für Fernflüge. Der Verwaltungsausschuß der National-Fluggesellschaft hat beschlossen, für Fernflüge, die in der Zeit vom 15. September bis 31. Oktober 1913 als Tagesleistung — d. h. in der Zeit von Mitternacht bis zur Mitternacht des folgenden Tages — mit oder ohne Fluggast ausgeführt werden, folgende Preise auszugeben:

Für die sechs weitesten Flüge werden ausgesetzt: 60 000 Mark als 1. Preis, 50 000 Mark als 2. Preis, 40 000 Mark als 3. Preis, 25 000 Mark als 4. Preis, 15 000 Mark als 5. Preis, 10 000 Mark als 6. Preis.

Fliegerabsturz. St. i. d. Mark, 10. August. Der Flieger Roseler ist mit seinem Flugschüler Stephan heute früh abgestürzt. Beide Flieger sind tot.

Vorsitzenden der Tagung wurde Ulrich, zum zweiten Seel (Mainz) gewählt. Landessekretär Neumann erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Juli 1912 bis 1. April 1913. Danach ist die Mitgliederzahl von 20 742 auf 21 412 gestiegen. Busold (Friedberg) sprach für die Landtagsfraktion, Dr. David über die Stellung der Sozialdemokratie zur Steuerfrage, Bruhs (Offenbach) über das neue heftigste kommunalprogramm.

In der Diskussion traten die meisten Redner vor allem für mögliche Förderung der Jugendbewegung ein durch Hebung der Bildungsgelegenheit u. a. m. Ferner wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen: „Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen.“

Die Amnestie. Berlin, 9. August. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet, daß der Erlass vom 16. Juni ds. Js. betreffend Erlass und Milderung von Strafen aus Anlaß des Regierungsjubiläums nunmehr in wesentlichen zur Durchführung gelangt ist. Er hat zu einer sehr großen Zahl von Gnadenurteilen geführt. Ihre Zahl beläuft sich auf ungefähr 24 000.

Die Henderung des Militärstrafgesetzbuches. Berlin, 9. August. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der vom Reichstag beschlossene Entwurf betreffend Henderung des Militärstrafgesetzbuches war in der Sitzung des Bundesrats vom 3. Juli 1913 den zuständigen Ausschüssen überwiegen worden. Nachdem inzwischen sämtliche Bundesregierungen ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf erklärt haben, ist die Vorlage gestern vom Kaiser vollzogen worden. Das Gesetz wird in der heute ausgegebenen Nummer des „Reichsgesetzblattes“ erscheinen.

Sozialistischer Wahlerfolg. Helsingfors, 10. August. Das nunmehr festgestellte Wahlergebnis ergibt folgenden Stand des neuen Landtags: 30 Sozialdemokraten, 29 Jungfinnen, 25 Schweden, 25 Agrarier. Im Vergleich mit den Wahlen im Jahre 1911 gewannen die Sozialdemokraten 4 neue Sitze, die Jungfinnen 1, die Agrarier 2, die Altfinnen verloren 5, die Schweden 1, die christlichen Arbeiter 1 Sitz. Letztere sind infolgedessen ganz aus dem Landtag verdrängt.

Holländischer Sozialistenkongress. Zwolle, 10. August. Der Sozialistische Kongress hat nach langen Beratungen die gestern und heute stattgefunden, und nach einer energischen Verteidigungsrede des Führers der Sozialdemokraten, Troelstra, mit 375 gegen 320 Stimmen, die von der Mehrheit des Parteibureaus vorgeschlagene Resolution abgelehnt. Der Kongress hat sich also gegen die Annahme von Ministerportefeuilles ausgesprochen, in dem er sich auf die Resolution der Minorität des Parteibureaus einigte, das der Meinung ist, daß die Partei nicht stark genug sei, um an der Regierung teilzunehmen.

Die Lage in Barcelona. Barcelona, 9. August. (Amtlich.) Die Lage ist durchaus normal. Die Schuhmacher haben die Arbeit wieder aufgenommen. Der Wunsch der Streikenden, zu einer Lösung zu kommen, macht sich immer mehr geltend. Die Polizei hat in einer Schenke 9 Streikführer verhaftet, die Streikbefehle vorbereiteten, welche in verschiedenen Gegenden Kataloniens verteilt werden sollten.

Der Aufstand in China. Shanghai, 9. August. Die Besserung der Lage in Shanghai wird durch eine Verfügung erfenntlich, daß keine weiteren Beiträge zur Unterstützung der Flüchtlinge erforderlich seien. Man beabsichtigt, in ein paar Tagen das Lager abzubauen, in dem bis vor einer Woche jede Nacht über 3000 Flüchtlinge untergebracht waren. Admiral Tseng hat die Bezirke von Kiangnan und Kantao ziemlich gesäubert. Morgen werden die Landstreitkräfte den Vormarsch von Kiangnan auf Wutschang antreten. Eine Doppelbewegung der Kreuzer oberhalb und unterhalb der Ferts wird sie unterstützen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Geschäftliches. Schwaben, Russen und alle sonstigen ekelhaften Balkan-Käfer vertilgt mit Zirpilin! Zu haben in allen Drogerien. Lassen Sie sich nichts anderes aufhängen. 799

Letzte Nachrichten.

Landeskonferenz der heftigsten Sozialdemokratie.

Mainz, 10. August. Gestern Abend und heute tagte hier die Landeskonferenz der heftigsten Sozialdemokratie. Vertreter waren sämtliche Mitglieder des heftigsten Landesvorstandes, ferner neun Wahlkreise durch 99 Delegierte; außerdem waren anwesend die Reichstagsabgeordneten Dr. David, Gajenzahl, Dr. Quessel und Ulrich, sowie die gesamte Landtagsfraktion mit Ausnahme des verhinderten Dr. Fulda, vom Parteivorstand in Berlin der Genosse Müller, von der badischen Landesorganisation Strobel-Mannheim, von Sessen-Rassau Süttmann (Frankfurt). Zum ersten

PUCK
die neue
Qualitäts 3 Cigarette
mit Goldmundst. mit Hohlmundst. flach

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten machen wir die tiefbetrübende Mitteilung, daß gestern abend unser lieber Sohn
Wilh. Heinrich Knorpp
im Alter von 18 Jahren nach schwerem Leiden verschieden ist.
Karlsruhe, 11. August 1913. 2699
Um stille Teilnahme bitten
die tiefbetrübten Eltern:
August Knorpp und Frau.
Die Beerdigung findet Mittwoch den 13. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Karlsruhe.
Montag, den 11. August, abends halb 9 Uhr, in der „Gambriunshalle“, Erbprinzenstraße 80
Vertrauensmänner-Versammlung.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. 2681
Die Ortsverwaltung.

Mieter- u. Bauverein Karlsruhe
G. m. b. H.
Wir haben auf 1. Oktober 1. Z., Mainstr. 7, 2. Stod, eine geräumige Wohnung von 3 Zimmern und Zubehör zu vermieten.
Bewerbungen wollen im Bureau, Ettlingerstraße 5, bis Donnerstag den 14. August, abends 7 Uhr, erfolgen, wofür die Vergabeung stattfindet.
Karlsruhe den 9. August 1913.
Der Vorstand.

Ausstellung badischer Töpfereien
in der Ausstellungshalle des Landesgewerbeamtes Karlsruhe, Karl Friedrichstr. 17
— August und September. —
Besuchszeiten:
An Werktagen von 10—1 und 2—4 Uhr.
An Sonntagen von 11—1 Uhr. 2696
— Besuch unentgeltlich. —

Bekanntmachung.
Der Badische Frauenverein (Unterabteilung Mädchenfürsorge) hat mit Unterstützung der Stadtgemeinde im 1. Stod des Hauses Kriegsstraße Nr. 48, eine **Kochschule** eingerichtet, in welcher hier wohnhafte Mädchen im Alter von 17, mindestens aber 16 Jahren mit geringem Kostenaufwand eine gute Ausbildung in Kochen und Hauswirtschaft erhalten, die sie zur Uebernahme einer Dienststelle als Köchin befähigt. Jährlich werden zwei Kurse von sechs Monaten Dauer und zwar für je 12 Schülerinnen veranstaltet. Die Teilnehmerinnen haben als Entgelt für ihr Mittagessen 40 M. — für den Kurs in vier Teilbeträgen von je 10 M. — zu entrichten. Für unbemittelte Mädchen, welche an den Kursen teilnehmen wollen, entrichtet eventuell auf Ansuchen die Armenverwaltung diesen Betrag.
Der zweite Kurs wird am 1. Oktober ds. Js. eröffnet. Anmeldungen zur Teilnahme an diesem Kurs werden in der Zeit vom 6. bis einschließlich 15. August ds. Js. beim Sekretariat des Volksschul-Rektors (Hebel-Schule, Kreuzstraße Nr. 15, 3. Stod, Zimmer Nr. 27) während der üblichen Geschäftsstunden entgegen genommen.
Karlsruhe, den 4. August 1913.
Der Stadtrat:
Hortmann. Neubad.

Nur noch bis mit Dienstag abend!
Residenz-Theater
Waldstrasse 30
Der Todesturm
Kolorierter Kunstfilm in 3 Akten.
Einer der sensationellsten Filme, die je von der Kinematographie geboten wurden.
Technisch hochinteressant an diesem sensationellen Film ist auch der Umstand, dass die Leuchtturmszene (Verlassen des Turmkranzes auf einem hoch über den Fluten hängenden Tau, das mit dem unten harrenden Schiff in Verbindung steht) von den Abkömmlingen des berühmten Blondins gespielt wird, der einst auf einem gespannten Seil über die Niagarawasserfälle schritt. 2678
Sowie noch weitere fünf Nummern.

Sonder-Preise
Bis einschliesslich Samstag:
Schuhwaren
Trikot-Wäsche
Hermann Tietz
2694

Bekanntmachung.
Die Lieferung des Bedarfs von Fleisch- und Wurstwaren, an Brot und Backen, sowie an Milch für das neue städtische Kinderheim, das voraussichtlich Mitte September ds. Js. eröffnet werden wird, ist für den Zeitraum von der Eröffnung des Heims bis Ende dieses Jahres zu vergeben.
Bewerbungen um die Lieferungen wollen mit entsprechender Aufschrift versehen und verschlossen bis spätestens
Samstag den 23. ds. Mts., vormittags 11 Uhr,
beim Armen- und Waisenamt, Rathaus, Zimmer 53, wo auch die Lieferungsbedingungen eingereicht werden können, eingereicht werden.
Die Wahl unter den Bewerbern bleibt ausdrücklich vorbehalten.
Karlsruhe, den 8. August 1913.
Armen- und Waisenrat.
Dr. Hortmann. Griebel. 2691

Bekanntmachung.
Erfahrungsgemäß häufen sich die Anmeldungen zur Ausführung von Hausanschlüssen an das Kabelnetz des städtischen Elektrizitätswerkes in den Herbst- und Wintermonaten sehr stark. Eine Gewähr für rechtzeitige Fertigstellung der Anschlüsse kann nur gegeben werden, wenn die Anträge bis spätestens 15. Sept. eingereicht sind.
Bei dieser Gelegenheit machen wir darauf aufmerksam, daß die normalen Hausanschlüsse kostenlos ausgeführt werden, wenn der Anmelder die Verpflichtung übernimmt, während der ersten zwei Jahre durch diesen Anschluß jährlich für mindestens 50 M. Strom zu beziehen. Bei geringerem Verbrauch ist der Selbstbetrag am Jahresabschluss bar aufzuzahlen, doch darf diese Aufzahlung den Betrag von 50 M. für die beiden Jahre zusammen nicht übersteigen.
Wird diese Verpflichtung nicht übernommen, so ist der Anschluß nach Fertigstellung mit 50 M. zu bezahlen.
Uebersteigt die Länge des Kabels von der Hausflucht bis zum Anschlußkasten 5 m, so ist der Mehrverbrauch an Kabel besonders zu vergüten.
Weitere Auskünfte erteilt das städtische elektrotechnische Amt, Kaiserallee 11.
Karlsruhe den 7. August 1913. 2663
Direktion der städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke.

Trauerhüte
in größter Auswahl. 2616
L. Weingand,
Karlsruhe-Mühlburg
Philippsstrasse 1.

Zahn-Atelier
Heinrich Bohner
Künstliche Zähne, Plombieren
Schmerzloses Zahnziehen. ::
DURLACH, Leopoldstrasse 3
vis à vis der Kaserne. 1846

Sommer-Theater.
Direktion Fr. Grünwald.
Montag, den 11. August, abends 8 1/2 Uhr, zum 10. Male
Der liebe Augustin.
(Kleine Preise).

Städt. Vierordtbad
Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.
I., II. und III. Klasse.
Für Herren und Damen geöffnet von vormittags 1/8 bis abends 8 Uhr, sowie Sonntags 1/8 bis 12 Uhr. Samstags eine Stunde länger, auch über Mittag geöffnet. 17

Bauplatz
ist im Stadtteil Daxlanden mit genehmigten Bauplänen zu verkaufen. Günstige Gelegenheit für einen Geschäftsmann, welcher Lust zum Bauen hat, da vom Verkäufer auch Gegenarbeit gegeben wird. Nähere Auskünfte erteilt die Expedition des „Volkstribunals“. 2682

Bündelholz
große, trockene Fäbhel, 100 Stck 10.— M.
50 " 5.50
25 " 3.—
Joh. Kotterer, Holzhandlung, Marienstr. 60, Teleph. 3222.

Betragene Herren-Anzüge
zwei Schöße, Stiefel, Wetzzeug lauft man am billigsten in dem **Arnold Schab, Jähringerstraße Nr. 38.** 1908

Bettstelle m. Rost u. Polster
15 M., gut. Sofa 10 M., vollst. Bett 25 M., Küchenschrank 10 M., Divan wie neu 25 M., schön. hoch. Bett ganz bill. Rudw. Wilhelmstr. 18, Hof.

Lieg- u. Sitzwagen (Brennvor) gut erh. bill. z. verl. Anzulegen von Samstag Abend 6 Uhr ab. **Ruitstr. 1a, 2. St.**

Spiegelnech, 1 1/2 m h., 25 mm Weich, billig z. verl. **Walfer, Durlach, Brunnenhausstr. 2.**

Nähmaschine gebraucht, gut 20 M. z. verl. bei **Philipp Mohr, Ettlingerweier.**

Häutchen m. Jung. (Deutsche R. Schemen, Belg. Riefen) zu verkaufen. Zu verfrag. v. 12—1 Uhr **Rappurstr. 6, St. I.**

Grasversteigerung.
Am nächsten Donnerstag, den 14. ds. Mts., wird das Dehmdgras der Stichanal- und Hofentringdämme öffentlich versteigert.
Zusammenkunft: Morgens 8 Uhr am Hofeneingang (Albbrücke).
Städtisches Hofenamt.

Arbeitsvergebung.
Für die Erweiterungsbauten im städt. Schlachthof hier sollen die

Plättchenarbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.
Die Zeichnungen und Bedingungen können beim städt. Hochbauamt, Karl Friedrichstr. Nr. 8, Eingang Jähringerstraße — 2. Stod, Zimmer Nr. 186, eingesehen werden.
Die Angebote sind bis **Samstag, 16. August d. J., vormittags 9 Uhr,** dem Eröffnungstermin, daselbst einzureichen.
Karlsruhe, den 7. August 1913.
Städt. Hochbauamt.

Arbeitsvergebung.
Zu kaufen gesucht:
Getragene Kleider, Schuhe, Wäsche, Pfandschere, Gold, Silber, alte Gebisse. 2155

Frau Pflüger
Erlingstraße 16. 1. St.

No
Ausgabe
Kaufsprei
35 3; an
Br
Zum
deutsch
der zwie
männ
politisch
Petersbu
den Will
häupter
führen k
Um 7
aus Bul
Na
der Fr
ti b e r
deutung
und id
schaft u
ernten
Dara
Erbnem
De
große
tighen
den nie
und da
i a t i
Es ist
wähnt,
können
lange
ich nad
oerfolg
wirken
Wom
Es ist
wähnt,
können
müßigt,
D
lichen
tiger
m ein
rie
Walfan
gestalt
und ei
z u g e
liden
warne
lesten
Der
gramm
der sch
ist Dete
zeigt we
im min
schen
fanden
des Fri
Frieden
Die
enthuft
worlet
daß man
spricht
gunsten
lagt ist,
zufriede
will.
Aber
nicht ge
jels in
Danfbar
tont, no
dem deu
fionsabf
Ist e
jein me
schluß d
die Wel
erfolg
tritt als
sich als
helms I
wir hab
graphie
ihre Wi
zu könn
Der
rumäni
sucht ur
so wird
land du